Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 RM. (halbmonatl. 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16—18 Uhr, Sonnabends 13—14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Betrieb besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 28. Februar 1929 — Nummer 50

Die SPD-Minister als Handlanger der Konterrevolution

Die „Volkszeitung" bestätigt

Dresden, den 28. Februar 1928.

In der gestrigen Nummer des Organs der ostsächsischen SPD bringt die „linke" Sozialdemokratin Anna Siemsen über die Wehrdenkschriftdebatte im Reichstag ein Stimmungsbild, in dem recht gezwungermaßen die kommunistische Anklage gegen Hermann Müller, die Haltung der Sozialdemokraten im Reichstag eine glatte Unterstreichung findet. Nachdem sie festgestellt hat, daß Groener und seine Offiziere recht beruhigt den Verlauf der Debatte mit ansehen konnten, versucht sie zwar, den Kommunisten insofern eine Mitschuld zuzuschreiben, als sie ihnen unterschiebt, sie hätten mehr gegen die Sozialdemokratie als gegen den Kriegsplan Groeners gekämpft. Dabei „vergißt" sie, daß die gewaltige Bedeutung des Kriegsplanes erst durch die Deckung der Sozialdemokratie zustande kommen konnte. Dann jedoch gibt sie zu:

„Der Genosse Stampfer ging mit einigen eiligen Bemerkungen und offenbarem Unbehagen über den Inhalt der Denkschrift hinweg, um sich dann mit Eifer und Elan den Deutschnationalen und ihrer Denunziation zu widmen."

Dieses Eingeständnis ist deshalb besonders wesentlich, als „Genosse Stampfer" als offizieller Redner unter dem stürmischen Beifall der gesamten sozialdemokratischen Fraktion (siehe Reichstagsbericht der Volkszeitung) seine Ausführungen machte, und schon die Charakterisierung seiner Rede durch Anna Siemsen allein genügt, um die vernichtende Kritik des kommunistischen Redners an der Rolle der Sozialdemokratie zu begründen. Anna Siemsen gesteht jedoch noch mehr ein. Wörtlich schreibt sie über das Auftreten Hermann Müllers:

„Die Herren Reichswehroffiziere konnten vergnügt die Sicherheit ihrer Stellung betrachten. Groener konnte sich in der Rolle des gefeierten Logenzuschauers gefallen. Er war so wenig bedroht. Und die paar Gelegenheitspfeile, die gegen ihn flogen, wurden vom Genossen Hermann Müller mit dem Eifer eines getreuen Schildknappen aufgefangen. Er war so reichswehrfreudig, daß selbst Herr Lestow-Vorbeck an seinen Worten nichts auszusetzen fand und einzig die Haltung der Partei diesem sozialdemokratischen Minister zum Vorwurf machen konnte ..

Diese Herren fühlten sich viel zu sicher. Sie können sich sicher fühlen bei einem Reichstag, der so viel zu tun hat, sich gegenseitig die Köpfe zu zerschlagen, bei einem Reichskanzler, der ihnen sogar die Mühe abnimmt, sich zu verteidigen."

Damit wird in der Volkszeitung offen eingestanden, daß durch die Sozialdemokraten der konterrevolutionären Meute des Herrn Groener Hilfestellung geleistet wurde, und daß die Kompromittierung der Kriegsrüstungen und Militaristen in Deutschland von den Vertretern der Sozialdemokratie bewußt verhindert werden soll. Dieser Artikel ist also eine restlose Bestätigung dessen, was die Kommunistische Partei und ihre Vertreter zur Haltung der Sozialdemokratie gesagt haben. Das niederträchtige Spiel dieser Sozialdemokraten wird jedoch noch mehr charakterisiert durch die Tatsache, daß gestern der Mißtrauensantrag gegen Groener mit den Stimmen der gesamten sozialdemokratischen Fraktion, also auch der Linken, abgelehnt wurde. Dieses neue Ruhmesblatt in der Geschichte des sozialdemokratischen Parlamentarismus wird zweifellos heute wieder in der Dresdner Volkszeitung, mit bissigen und verleumderischen Bemerkungen gegen die Kommunisten versehen, seine „Begründung" finden und der Artikel in der gestrigen Nummer vergessen sein. **Nicht vergessen aber dürfen diese Eingeständnisse die kommunistischen Arbeiter, die ihren sozialdemokratischen Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern die Zitate aus Anna Siemsens Artikel vorhalten und sie vor die Frage stellen müssen, ob sie ein solches schamloses Betrugsmanöver weiterhin bewußt unterstützen wollen.** Die sozialdemokratische Presse, die den Verrat eines einzelnen Mitgliedes des Roten Frontkämpferbundes an der Sache der revolutionären Arbeiterbewegung durch den Bittgang an den Konterrevolutionär Hindenburg der Kommunistischen Partei in die Schuhe zu schieben versuchte, ist jedoch mit dieser Haltung gekennzeichnet. Diesen reformistischen Journaillen kommt es bei ihren Manövern nicht auf die Aufrüttelung der Arbeiterklasse gegen ihre Feinde an, sondern auf die Verwirrung ihrer Anhängerschaft, die durch radikale Redensarten darüber hinweggetäuscht werden soll, **daß ihre Führer der Konterrevolution in Deutschland nicht nur insgeheim, sondern offen und bewußt Rückendeckung gewähren** und sich so als Schrittmacher der Reaktion betätigen. Die Geständnisse der sozialdemokratischen Abgeordneten Siemsen sind dafür ein neuer und nicht weniger treffender Beweis, als das Demagogenspiel Oskar Edels auf dem ostsächsischen Parteitag der SPD und die Abwürgung des Ausschlußantrages gegen Hermann Müller und Hilferding auf dem Leipziger Bezirksparteitag der SPD, von dem die Dresdner Volkszeitung bisher noch nicht ihre Leser unterrichtet hat.

Die Aufgabe der Aufrüttelung und Mobilisierung aller Arbeiter, auch der sozialdemokratischen, bleibt also nach wie vor der kommunistischen Presse vorbehalten, die sich durch keine Lügen und Verleumdungen von der Erfüllung dieser ihrer Pflicht abbringen lassen wird.

Groener genießt das Vertrauen aller Militaristen einschließlich der SPD

Herr Arzt und Frau Sender — wo waren sie?!

Berlin, 27. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

In der Mittwochsitzung des Reichstages kamen die kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und gegen den Reichswehrminister Groener zur Abstimmung. Die Mißtrauensanträge wurden eingebracht im Anschluß an die gestrige Debatte über die Panzerkreuzerdenkschrift des Reichswehrministers Groener. Der Reichskanzler Hermann Müller deckte bekanntlich dieses offene Kriegsdokument und fand den Beifall aller Militaristen.

Der kommunistische Antrag gegen die Reichsregierung wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Regierungsparteien. Der Antrag gegen den Reichswehrminister, den offenen Schrittmacher der neudeutschen Aufrüstung, wurde abgelehnt in der Einheitsfront von den linken Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei. Die Deutschnationalen enthielten sich zum Teil der Stimme, um damit ihr besonderes Vertrauen zu Groener zu dokumentieren. Einige deutschnationale Abgeordnete stimmten offen für den Reichswehrminister des Kabinetts Müller. Diese Abstimmung kennzeichnet besonders die heuchlerische Politik der linken Sozialdemokraten, die vor den rebellierenden sozialdemokratischen Arbeitern so tun, als ob sie in Kampfstellung zu Groener und zur illegalen Aufrüstung stehen, in Wirklichkeit aber durch ihre Haltung im Parlament erst die Kriegspolitik des Reichswehrministers Groener ermöglichen.

Hermann Müller kuhhandelt weiter

Berlin, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Reichskanzler Hermann Müller hat gestern die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition wieder aufgenommen. Er hatte zunächst eine Unterredung mit Dr. Stresemann und Dr. Scholz von der Volkspartei. Dr. Scholz erklärte Hermann Müller, daß die Volkspartei in eine fraktionell gebundene Regierung nur eintreten will, wenn ihre Forderungen zu den Steuern und dem Etat angenommen werden, d. h. alle **Besitz- und Vermögenssteuern abgebaut und die sozialen Ausgaben eingespart werden.** Der Reichskanzler verhandelte dann mit den Zentrumsführern. Für heute hat Hermann Müller eine Besprechung mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien einberufen, das Zentrum ließ aber erklären, daß es **an der Besprechung nicht teilnehmen werde.**

Wissell hilft dem linken Aufhäuser aus der Klemme

Er will verhindern, daß die SPD wiederum gegen ihre eigenen Anträge stimmen muß

Zu Beginn der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses nahm der Reichsarbeitsminister Wissell das Wort zu einer offiziellen Regierungserklärung, die da besagt, daß das Kabinett am 20. 2. mit den Anträgen für einen Ausbau der Invalidenversicherung sich in eingehender Weise beschäftigt habe. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der reparationspolitischen Belastung hält die Regierung eine auch nur teilweise Durchführung der gestellten Anträge nicht für möglich. Dringend wünsche und bitte er, daß die Antragsteller von ihren Anträgen Abstand nehmen möchten. Wissell versprach in Verbindung mit den Landesversicherungsanstalten noch besonderes Material herbeizuschaffen über die Anzahl derjenigen Versicherten, die bei einer Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66 zwei Drittel auf 50 Prozent Rentenanspruch hätten, ebenso Material über Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit der über 60 Jahre alten Arbeiter.

Die Kommunisten widersprachen einer Vertagung auf unbestimmte Zeit und verlangten, daß die SPD zu dieser Regierungserklärung Stellung nehmen möge. Im Namen der SPD verkündete Müller stolz, daß sie keine Veranlassung sähen, ihre Anträge, die nicht aus agitatorischen Gründen gestellt wurden, jetzt zurückzuziehen. Er erklärt sich zu gleicher Zeit für eine Vertagung der Verhandlung, die denn auch mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten beschlossen wurde. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde über die Vorlage zum Schutze der älteren Angestellten und die Angestelltenversicherung beraten und dabei vom Ministerialdirektor Grieser u. a. darauf verwiesen, daß zur Zeit ein Vermögensbestand bei der Reichsversicherungsanstalt von 1 Milliarde vorhanden ist, das jährliche Einkommen aus Beiträgen und Zinsen 424 Millionen ausmacht, dagegen die Leistungen nur 150 Millionen Mark betragen. Damit gab Ministerialdirektor Grieser zu, daß sehr wohl eine Herabsetzung der Altersgrenze ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Versicherungsbeiträge, wie sie von der SPD beantragt wurde, möglich sei. Die Debatte wird über diesen Punkt am Donnerstag weitergeführt.

Kommunistische Beamtenpolitik

Annahme des kommunistischen Antrages gegen die Luxusansprüche der hohen Bureaukratie. — Für Stellenumwandlungen, aber nur bis zur Gruppe 4a. — Für die Gleichberechtigung weiblicher Angestellter. — Reichsbeamte in der KPD oder im RFB. — Severing für den Stahlhelm.

Im Haushaltausschuß des Reichstages begann am Dienstag die zweite Lesung des Nachtragetats 1928 (der gleichzeitig der Personaletat für 1929 ist). Vor Beginn der Debatte wurde über den einen Teil des kommunistischen Antrages, der auf Ablehnung der von der Müller-Regierung geplanten Erhöhung der Ministerialzulagen und der Dienstaufwandsentschädigungen für Staatssekretäre usw. abzielt, abgestimmt. Angesichts der großen Erregung, die durch die aufreizenden Steuerpläne der Regierung überall hervorgerufen wurde, wagte die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit es nicht, gegen diesen populären Antrag der KPD zu stimmen. So wurde er mit Mehrheit angenommen; über die Verwendung der dadurch ersparten rund 2 Millionen Mark zur Aufbesserung der Gehälter unterer Beamten, wie es der kommunistische Antrag weiter vorsieht, wird später abgestimmt. Ebenso über die Einführung der Ministerialverfassung, deren Ablehnung von der KPD gleichfalls gefordert wird.

Zu Beginn der Einzelberatung gab Gen. Torgler im Namen der kommunistischen Fraktion folgende grundsätzliche Erklärung, die für alle Abstimmungen zur Beamtenfrage Gültigkeit habe, ab:

„Soweit wir nicht besondere Anträge stellen, stimmen wir sämtlichen Stellenumwandlungen zu, aber nur bis zur Gruppe 4a mit einigen wenigen Ausnahmen, z. B. bei den Buchprüfern."

In der weiteren Debatte brachte Gen. Torgler zum Ausdruck, daß nach den früheren Ausführungen Severings die sogen. Kommunalabteilung, die beim Innenministerium eingerichtet werden soll, nichts anderes sein wird als eine Ueberwachungsinstanz gegen die Kommunen zur weiteren Drosselung ihrer Rechte. Deswegen wird die kommunistische Fraktion dagegen stimmen und die Kommunalvertretungen über die wahren Pläne der Regierung aufklären.

Zu einer längeren und sehr interessanten Debatte kam es über die Frage der Ueberführung weiblicher Angestellter in das Beamtenverhältnis. Trotzdem schon zwei positive Entschließungen dazu vorliegen, hat der Unterausschuß eine gegenteilige Entschließung gefaßt; d. h. Parteien, die zuerst dafür waren, sind umgefallen. Besonders das Zentrum, aber auch die Bayrische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und auch die Deutschnationalen.

Gen. Torgler gab für die kommunistische Fraktion die Erklärung ab, daß die KPD immer für die Gleichberechtigung der Frau eintritt und daher auch hier für die Rechte der weiblichen Angestellten stimmen wird. In der Mittwochsitzung gab die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Bohm-Schuch offen zu, daß sie heute den Kommunisten recht gibt, die gegen die Verweisung der Angelegenheit an den Unterausschuß prote-